

Zur Information – kein offizielles Dokument

NEUER INTERNATIONALER VERTRAG ZUR BEKÄMPFUNG DER ASEXSKLAVEREI@VON FRAUEN UND MÄDCHEN

Rechtsexperten legen zur Zeit gerade letzte Hand an einen bahnbrechenden internationalen Vertrag, der die Nationen der Welt in ihrem Kampf gegen den Frauen- und Kinderhandel B eine weltweite Gefahr mit sich ständig ausweitenden Verbindungen zur organisierten Kriminalität B einen gewaltigen Schritt voranbringen wird.

Jahr für Jahr werden Tausende Frauen und Mädchen in der ganzen Welt aus ihrer Heimat "verkauft" und dem internationalen Sexhandel zugeführt. Einige gehen freiwillig, doch die meisten werden gegen ihren Willen in die Prostitution gezwungen. Ziel des Protokollentwurfs zu dem neuen Vertrag B dem geplanten Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität B ist der Schutz unschuldiger Opfer und ein hartes Vorgehen gegen die Menschenhändler.

Sowohl das Übereinkommen als auch das Protokoll, die zur Millenniums-Versammlung der Vereinten Nationen gegen Ende 2000 zur Verabschiedung vorliegen werden, werden die wichtigsten Diskussionsthemen des zehnten Kongresses der Vereinten Nationen über Verbrechenverhütung und die Behandlung Straffälliger sein, der im April 2000 in Wien stattfinden wird.

Der Frauen- und Kinderhandel hat in den letzten Jahren ungeheure Ausmasse angenommen, da sich damit gewaltige Profite erzielen lassen und die damit verbundenen Risiken relativ gering sind. Viele Nationen haben keinerlei gezielte Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des Menschenhandels und nur einige wenige haben Gesetze, die den Frauenhandel verbieten. Wo entsprechende Rechtsvorschriften vorhanden sind, mangelt es häufig an ihrer Durchsetzung und mangelnde Beweise sorgen dafür, dass die Menschenhändler ungeschoren davonkommen.

Tausende von illegalen Prostituierten

Mindestens 100.000 illegal eingewanderte Prostituierte arbeiten in den Vereinigten Staaten, berichtet ein Buch mit dem Titel "Schiavi" (Sklaven). Das Buch erschien im Mai 1999, Autor ist der Exekutivdirektor

des UNO-Büros für Drogenkontrolle und Verbrechenverhütung, Pino Arlacchi. In dem vor kurzem erschienenen UNO-Weltbericht über Kriminalität und Justiz heisst es, dass in Japan zwischen 40.000 und 50.000 Thailänderinnen illegal als Prostituierte arbeiten.

Die Zahl der in der Europäischen Union illegal im Sexgewerbe tätigen Personen liegt zwischen 200.000 und einer halben Million, wobei dem UNO-Weltbericht zufolge etwa zwei Drittel aus Osteuropa und ein Drittel aus den Entwicklungsländern kommen.

Seit der Öffnung des Eisernen Vorhangs vor nahezu zehn Jahren hat der Handel mit Frauen und Kindern aus den mittel- und osteuropäischen Ländern rapide zugenommen. Einer revolutionären Studie der Internationalen Organisation für Migration (IOM) aus dem Jahre 1999 zufolge macht der Handel mit Menschen aus dieser Region B früher kaum nennenswert B dem Handel mit Menschen aus den "traditionellen" Herkunftsgebieten wie Asien, Afrika und der Karibik heute durchaus Konkurrenz.

1996 registrierten die Behörden in Deutschland 1.572 Frauen, die Opfer dieser ruchlosen Praxis wurden, wobei dem IOM-Bericht zufolge 80 Prozent dieser Frauen aus den mittel- und osteuropäischen Ländern und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) stammten. In Wien wurden 1995 751 Frauen registriert, die Opfer des Menschenhandels geworden waren B das heisst etwa sechsmal mehr als 1990.

Die Menschenhändler kassieren für den Verkauf ihrer Opfer gewaltige Summen. Asiatische Prostituierte lassen sich in den Vereinigten Staaten und Japan für jeweils bis zu i 21.000 verkaufen. In Belgien soll ein Menschenhändler Frauen aus Afrika importiert und für jeweils i 8.300 verkauft haben. Bordelle sind ein genauso lukratives Geschäft. Russische Prostituierte sollen in Deutschland monatlich etwa i 7.800 verdienen, wovon der Bordellbesitzer mindestens i 7.300 für sich behält. Die Einnahmen der Bordelle und die Preise, die sich für Prostituierte erzielen lassen, machen deutlich, dass sowohl in den Industriestaaten als auch in den Entwicklungsländern eine hohe Nachfrage nach ihren Diensten besteht. In bestimmten Gebieten Asiens hat die gestiegene Nachfrage unmittelbar mit der Zunahme des Sextourismus zu tun. Human Rights

Watch berichtet jedoch, dass auch die lokale Nachfrage in dieser Region beträchtlich ist.

Da sich mit dem Menschenhandel so viel Geld verdienen lässt, hat die organisierte Kriminalität dafür gesorgt, dass ihr nichts entgeht. Von den 15.000 Russinnen und Osteuropäerinnen, die in den Rotlichtbezirken Deutschlands arbeiten, sind viele in Bordellen, Sexclubs, Massagesalons und Saunas tätig, die unter der finanziellen Kontrolle krimineller Gruppen aus der Russischen Föderation, der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien stehen, heisst es in dem IOM-Bericht. "Schiavi" zufolge kontrollieren der organisierten Kriminalität zuzurechnende Gruppen aus Asien in den Vereinigten Staaten etwa 70 Prozent des Sexgewerbes.

Das Karussell der Gewalt

Der Handel mit Frauen und Mädchen gedeiht dort besonders gut, wo hohe Arbeitslosigkeit und finanzielle Krisen vorherrschen und Frauen daher bereit sind, eine Stelle fern ihrer Heimat anzunehmen. In das Netz der Menschenhändler geraten sie über Stellenangebote für Unterhalterinnen, Modelle, Haushalts- und Küchenhilfen oder sogar Bräute auf Bestellung. Manche werden den Händlern auch von

Freunden und Bekannten zugeführt.

Sitzen sie erst einmal in der Falle, sehen sich die Opfer in einem Karussell von Drohungen, Gewalt und erzwungener Prostitution gefangen. Da ihnen ihre Pässe oder Personalausweise häufig weggenommen oder vernichtet werden, leben die Frauen in ständiger Angst vor der Verhaftung. Sie wohnen in winzigen Zimmern, in denen sie auch arbeiten, und die hygienischen Verhältnisse sind oftmals äusserst mangelhaft. Vielfach werden sie auch hinter Schloss und Riegel gehalten oder körperlich gefoltert. B Human Rights Watch zufolge mitunter mit brennenden Zigaretten, Messerstichen oder Elektroschocks.

Viele Opfer arbeiten jahrelang als Prostituierte in einer Art "Schuldknechtschaft", das heisst unter Verträgen, die die Frauen zwingen, astronomische Summen zur Deckung der angeblichen Kosten ihrer Ausreise aus ihren Heimatländern zurückzuzahlen, bevor sie schliesslich die Freiheit erlangen. Vielfach müssen sie auch den hohen Preis abarbeiten, den die Bordellbesitzer den Händlern zahlen mussten.

Als Anna 17 Jahre alt war, antwortete sie in ihrer Heimatstadt Szczin (Polen), auf eine Anzeige und nahm anschliessend in dem Häuschen von Piotr Rusos, einem Bekannten, eine Stelle als Haushalts-hilfe an. Dort machte sie die Bekanntschaft eines Türken namens Dzem und seiner polnischen Freundin Olympia, die ihr eine ähnliche Tätigkeit in Berlin anboten und sie überredeten, mit ihnen mitzukommen.

In Berlin angekommen, erklärten Dzem und Olympia, sie wollten einen Freund besuchen, und forderten Anna auf, sich schick anzuziehen und ein wenig zu schminken. Dann fuhren sie sie zu einem alten Haus und Dzem verkündete, dies sei Annas erster Hausbesuch als Prostituierte.

Vor Schrecken ausser sich, versuchte Anna zu fliehen, musste jedoch feststellen, dass die Tür hinter ihr verschlossen worden war und dass sie sich in Gesellschaft eines 60-jährigen Mannes befand, der stank und offensichtlich stockbetrunken war. In ihrer Angst liess sie eine anderthalbstündige Sex-Tortur über sich ergehen, bis Dzem und Olympia wiederkamen, um sie abzuholen.

Anna versuchte mit energischen Protesten, die beiden dazu zu bringen, sie nach Polen zurückkehren zu lassen, doch wurden ihr von dem Pärchen schwere körperliche Misshandlungen zugefügt und die Papiere weggenommen. Ständig überwacht und in panischer Angst vor weiteren Gewalttätigkeiten, blieb ihr nichts anderes übrig, als als Prostituierte zu arbeiten, die fünf oder sechs Freier pro Nacht zu bedienen hatte.

Dzem und Olympia verkauften Anna, und sie landete schliesslich in einem Bordell in der Nähe von Zürich. Ein Kunde, dem sie sich anvertraute, hatte Mitleid mit ihr und alarmierte die Polizei, die eine Razzia auf das Bordell machte und die Eigentümer festnahm. Nach einem Monat Polizei-Verhör wurde sie nach Polen deportiert. Piotr Ruso wurde später unter dem Verdacht festgenommen, mindestens 71 polnische Frauen an ausländische Agenturen verkauft zu haben.

Für viele Frauen und Mädchen erweist sich die erzwungene Prostitution als verhängnisvoll, da sie mit dem HIV-Virus infiziert werden, das Aids hervorruft. Bei einem Interview, das Human Rights Watch vor kurzem mit 19 Frauen und Mädchen aus Myanmar führte, die nach Thailand verkauft worden waren, erwieies sich, dass 14 von ihnen mit dem gefürchteten Virus infiziert worden waren.

Die Aids-Gefahr hat zu einer dramatischen Zunahme der Kinderprostitution geführt. Die Tatsache, dass sich potentielle Kunden der Aids-Gefahr bewusst sind, hat die Sexindustrie in Thailand gezwungen, mehr und mehr junge Mädchen aus weitabgelegenen Dörfern anzuwerben, von denen anzunehmen ist, dass sie vom HIV-Virus noch unberührt sind.

Mitarbeiter eines an der deutsch-tschechischen Grenze laufenden humanitären Projekts namens "Karo" erklären, dass sie bei ihrer Arbeit hauptsächlich mit Mädchen und jungen Frauen im Alter von 12 bis 18 Jahren zu tun haben. "Karo" zufolge ist das immer geringere Alter der Prostituierten zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Kunden immer grössere Angst vor Aids und anderen Krankheiten haben.

Die hohe Nachfrage hat nicht nur den Handel mit Frauen, sondern auch den Handel mit Kindern angekurbelt. Wie es in einem INTERPOL-Bericht heisst, ist die unglaubliche Zunahme der Kinderprostitution unmittelbar auf die Tourismusindustrie zurückzuführen. Kinderprostitution ist die neueste Attraktion, die die Entwicklungsländer den Touristen bieten. Das parallel dazu in den westlichen Ländern zu beobachtende Phänomen ist die explosionsartige Zunahme eines riesigen Untergrundhandels mit Kinderpornographie.

Kinderhandel oder Kindesentführung

An Kinder heranzukommen, ist nicht schwer. In einigen Regionen verkaufen Eltern ihre Kinder, um an Geld zu kommen oder Händler kidnappen sie ganz einfach. Besonders häufig werden Kinder aus Waisenheimen entführt, wo die Kinder fotografiert werden, damit die künftigen "Eigentümer" sich das Kind aussuchen können, das sie haben wollen. Human Rights Watch zufolge sind etwa 10 Prozent der 900.000 Kinder, die in der nepalesischen Teppichindustrie arbeiten, in Wirklichkeit entführt worden, während über 50 Prozent von ihren Eltern

Als "Neela" 14 Jahre alt war, brachte ihr Stiefvater sie aus ihrem Dorf in Nepal in einen Vorort von Katmandu, wo einer seiner Freunde ihr eine Stelle in einer Teppichfabrik verschaffte. Einige Monate später schlug ihr ein junger Kollege vor, mit ihm in eine andere Stadt zu ziehen, da dort die Arbeitsbedingungen besser seien. Sie erklärte sich einverstanden, und ihr Stiefvater, sein Freund und der junge Mann verliessen mit ihr zusammen die Teppichfabrik.

Nach einer sechstägigen Busreise kamen sie schliesslich in Bombay an. Dort wurde sie in einen Tempel gebracht und mit zwei Frauen bekannt gemacht, die sie zu einem Haus brachten, wo 16 bis 17 junge Mädchen auf der Erde schliefen. Sie wurde in einen separaten "Ausbildungs"-Raum gebracht, den sie drei Monate lang nicht verlassen durfte, nur um schliesslich zu hören, dass man sie für 520 verkauft habe und dass sie als Prostituierte würde arbeiten müssen, bis sie ihre Schulden abbezahlt habe. Da sie die Jüngste war, wurde sie nie geschlagen, doch sah sie andere, die nach Fluchtversuchen so verprügelt wurden, "dass sie Blut spuckten".

Nach einem Jahr in dem Bordell wurde Neela in einer Polizeirazzia aufgegriffen und in ein Kinderheim gebracht, wo festgestellt wurde, dass sie mit dem HIV-Virus infiziert worden war. Sie schämte sich so, dass sie keinen Kontakt mit ihrer Familie suchte und es vorzog, in dem Kinderheim zu bleiben.

verkauft wurden. Einige Kinder arbeiten tagsüber in den Fabriken und nachts in den Bordellen.

Internationale Organisationen sind in zunehmendem Masse besorgt über das Ausmass des Kinderhandels und der Ausbeutung von Kindern. Human Rights Watch verweist auf einen vor kurzem erschienenen Bericht über Kambodscha, wo viele Kinder und Minderjährige gekauft und dann an Bordelle weiterverkauft werden, während andere schliesslich unter sklavereiähnlichen Bedingungen als Hausbedienstete oder auf Baustellen enden. Andere werden gezwungen, sich organisierten Bettlerbanden anzuschliessen.

Anti-Slavery International zufolge werden Kinder im Alter von 8 bis 15 Jahren aus rückständigen Dörfern in den ärmsten Ländern Afrikas, beispielsweise Benin oder Togo, "rekrutiert" oder gekidnappt und als Sklaven an private Haushalte, Plantagen oder Bordelle in den Nachbarländern, unter anderem Nigeria und Gabun, verkauft.

Akut ist das Problem auch in Mittel- und Südamerika, wo die vielen Strassenkinder für die Händler eine leichte Beute sind. Dem Weltbericht zufolge besteht in Chile eine enge Verbindung zwischen Drogensucht und Prostitution. Händler und Zuhälter machen Kinder, die nicht älter als neun, zehn oder elf Jahre sind, abhängig von Inhalationsmitteln wie Benzolgummi oder Klebstoff und sorgen dafür, dass sie auch abhängig bleiben.

Frauen für schuldig befunden, Händler freigesprochen

Der wichtigste Grund, warum es den Händlern gelungen ist ein weltweit florierendes Prostitutionsgeschäft aufzubauen, ist die Tatsache, dass die Regierungen ebenso wie die Menschenrechtsorganisationen den Frauen einfach die Schuld für die Prostitution zugeschoben und die Rolle der Händler minimiert haben. Ausserdem werden viele Frauen sofort in ihre Heimatländer abgeschoben, bevor sie gegen die Menschenhändler aussagen können.

Die Opfer des Menschenhandels sind es, die leiden, nicht die Menschenhändler. Deshalb hat man auch in Thailand durch Gesetze und auf internationaler Ebene durch entsprechende Normen zur Bekämpfung des Menschenhandels dafür gesorgt, dass Opfer des Menschenhandels aus Myanmar dorthin zurückkehren können, ohne mit einer Bestrafung durch die Regierungen Myanmars oder Thailands rechnen zu müssen. Dennoch kommt es immer wieder zu summarischen Deportationen und Inhaftierungen.

Wie Human Rights Watch berichtet, kam es bei einer Razzia in Ranong, Thailand, kürzlich zur Festnahme von 148 Mädchen und Frauen aus Myanmar. 58 von ihnen wurden, wie es heisst, in Kawthaung, Myanmar, Beamten übergeben und mussten erleben, dass sie wegen der illegalen Ausreise aus Myanmar zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurden. Die Händler blieben auf freiem Fuss.

Trotz zahlreicher Gesetze, die die Praktiken in Nepal und Indien unter Strafe stellen, findet zwischen den beiden Ländern ein reger Handel mit Frauen und Mädchen statt. Human Rights Watch stellte fest, dass Polizei- und andere Staatsbeamte an mehreren Punkten entlang den Handelsrouten mit den Menschenhändlern gemeinsame Sache machen. Dennoch ist so gut wie nichts geschehen, um

entsprechende Vorwürfe zu untersuchen oder die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen.

UNO-Vertrag soll Menschenhändler bestrafen

Das Protokoll gegen den Handel mit Frauen und Kindern [Personen] zu dem geplanten UNO-Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität würde, wenn es gebilligt wird, die Nationen zwingen, den Menschenhandel und damit zusammenhängende Taten unter Strafe zu stellen, das heisst die dafür Verantwortlichen zu bestrafen. Die Staaten würden auch vereinbaren, unschuldige Opfer zu schützen, was beinhaltet, dass sie die Sorge für Kinder übernehmen und Einwanderungsgesetze erlassen, die es den Opfern ermöglichen würden, vorübergehend oder auch auf Dauer auf ihrem Hoheitsgebiet zu verbleiben.

Das Protokoll würde dafür sorgen, dass die Jagd nach den Menschenhändlern intensiviert wird. Die Staaten würden übereinkommen, beim Ausfindigmachen der Menschenhändler, ihrer Opfer und ihrer Handelsmethoden, einschliesslich der Anwerbung, der Routen und der Verbindungen zwischen Einzelpersonen und Händlergruppen, zu kooperieren.

Dadurch, dass das Protokoll den Handel mit Frauen und Mädchen [Personen] der organisierten Kriminalität zuordnet, wird es früheren Versuchen der internationalen Gemeinschaft zur Bekämpfung dieser Gefahr neue Aktualität verleihen. Da die Händlernetze sich beängstigend schnell ausweiten, halten die Staaten einen neuen Ansatz zur Bekämpfung dieser Gefahr für dringend notwendig. Mit dem Protokoll soll dem Kampf gegen den Menschenhandel ein schlagkräftigeres Rechtsmittel gegeben und auch ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen der Rechtsdurchsetzung und dem Schutz der Opfer hergestellt werden.

Internationale Massnahmen gegen den Frauen- und Kinderhandel

Der erste UNO-Vertrag, der den Menschenhandel anprangerte, war die Konvention von 1949 zur Unterbindung des Menschenhandels und der Ausnutzung der Prostitution (die Menschenhandelskonvention). Nach diesem Vertrag erklärten sich die Staaten bereit, Menschenhändler, illegale Bordellbesitzer und ihre Komplizen zu bestrafen. Sie ver-

pflichteten sich ausserdem, die Opfer des Menschenhandels zu schützen und sicher in ihre Heimatländer zurückzubringen.

Die Menschenhandels-Konvention und die darin enthaltene Verpflichtung, den Handel mit Frauen zu reduzieren, wurden durch das im Dezember 1979 geschlossene UNO-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen konsolidiert.

Die UNO-Menschenrechtskommission verabschiedete 1994 eine Resolution, in der zur Beseitigung des Frauenhandels zum Zwecke der Prostitution aufgefordert wurde. Die danach erfolgte Ernennung eines Sonderberichterstatters über Gewalt gegen Frauen und die laufende Tätigkeit des Sonderberichterstatters über Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornographie haben dazu beigetragen, die Aufmerksamkeit verstärkt auf das Problem des Menschenhandels zu lenken.

Vor kurzem hat die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) das Übereinkommen von 1999 über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit verabschiedet, mit dem die Kindersklaverei, die sexuelle Ausbeutung von Kindern und ihre Beschäftigung in gefährlichen Tätigkeiten, insbesondere auch die erzwungene Anwerbung für den Einsatz in bewaffneten Konflikten, geächtet wurden.

Innerhalb des UNO-Systems beteiligen sich das Kinderhilfswerk (UN Children's Fund, UNICEF), das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP), der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UN Development Fund for Women, UNIFEM) und die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) in ihren Programmen ebenfalls an dem Kampf gegen den Menschenhandel und die Prostitution.

UNICEF hilft den Staaten bei der Durchführung des 1989 geschlossenen Übereinkommens über die Rechte des Kindes, das die Staaten verpflichtet, Kinder vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch zu schützen und alles in ihrer Macht

stehende zu tun, um den Verkauf von Kindern, den Handel mit Kindern und die Entführung von Kindern zu verhindern. Die Vereinten Nationen haben darüber hinaus eine von 29 Staaten getragene Initiative zur Bekämpfung der Kinderarbeit eingeleitet.

UNDP und UNIFEM koordinieren gemeinsam die interinstitutionelle Kampagne der Vereinten Nationen über die Menschenrechte der Frau in Lateinamerika und der Karibik, mit der die Öffentlichkeit über die hohen sozialen und wirtschaftlichen Kosten der Gewalt gegen Frauen aufgeklärt werden soll. Im Rahmen einer neuen Initiative der WHO werden die gesundheitlichen Folgen seelischer und körperlicher Gewalt gegen Frauen in verschiedenen Ländern untersucht und die Gesundheitsorganisationen werden nachdrücklich aufgefordert, sich intensiv mit diesem Problem zu befassen.

INTERPOL (International Criminal Police Organisation) hat eine Reihe von Konferenzen zum Thema Menschenhandel veranstaltet und versucht, die Bemühungen der Strafverfolgungsbehörden um die radikale Bekämpfung des Kinderhandels grenzüberschreitend zu koordinieren.

Zwecks weiterer Auskünfte kontaktieren Sie bitte:

Sandro Tucci
Sprecher des Exekutivdirektors
Büro für Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung
Tel: (43-1) 26060-5629
Fax: (43-1) 26060-5875
E-Mail: sandro.tucci@undcp.org
Web-Seite: <http://www.odccp.org>

Für deutschsprachige Auskünfte:

Peter Vanoverveld
Verantwortlicher für deutschsprachige Presse
Informationsdienst der Vereinten Nationen Wien
Tel: (43-1) 26060-3713
Fax: (43-1) 26060-5899
E-Mail: peter.vanoverveld@unis.un.or.at
Web-Seite:
http://www.unis.unvienna.org/german/german_page.htm